

Riesener Tageblatt

Dreihundertfünfzig
Zeitung Blatt Breslau.
Bemerkung Nr. 30.
Wochentag Nr. 43.

Das Riesaer Tageblatt ist das gut Veröffentlichte der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Umtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Woltidgedfonte
Dressem 1531
Girofale
Museo No. 52

M-28

Damnerstag, 4. April 1929 abends

432-26

Zahlungstag, 4. April 1929, abends. 82. Jahrg.
Das Wiener Ziegelblatt erfordert jeden Tag etwa 1,6 Mio mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Begagspreis**, gegen Voranschlagung, für einen Monat 2 Mio 25 Pfennig ohne Guilloche. Für den Fall des Untergangs von Brabutionserwerbungen, Schöbungen der Zölle und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgaben bis die Räume des Ausgabebetriebes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Forderung für das Ertheilen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Strandbereit für die 50 mm breite, 3 mm hohe Grundbürdtscheibe (6 Silber); 25 Gold-Pfennige; bis 50 mm breite Reftamargelie 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50°, Kurfürst. Keine Taxe. Gewißheit vor der Säge. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, der Distributions- oder der Beförderungsseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Aufschluß auf Sicherung oder Rückführung des Begagspreises. Notationsbeend und Berlin: Langer & Winterlich, Riesa. Gewichtsliste: Goethekreis 50
Beratungsstelle: Mr. Schallmayer, Riesa. Die Versandkosten werden auf die Postenrechnung verrechnet.

Die Begegnung im Sturm

Das Communiqué, das nach der Unterredung in Florenz ausgegeben wurde, mag noch so inhaltslos sein, es kann sicherlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Begegnung Chamberlain mit Mussolini in dieser italienischen Stadt entschieden wichtiger Dingen von ungeleich höherer politischer Bedeutung galt als lediglich dem Zweck, liebenswürdige Freundschaftsbeteuerungen auszutauschen. Daß die Begegnung der beiden Staatsmänner nicht so von ungefähr kam, das beweist auch die große Beachtung, die sowohl die Pariser Presse als auch die Zeitungen Englands dem Ereignis widmen. In der Tat würde es sich bei den Dingen, die in dieser „historischen“ Aussprache zu Worte kamen, um eine Angelegenheit handeln, an der gerade Frankreich in erster Linie interessiert ist. Schon einmal waren Mussolini und Chamberlain zusammen getkommen. Diese Begegnung von Livorno kann man vielleicht als den Ausgangspunkt einer neuen sehr intensiven englisch-französischen Zusammenarbeit bezeichnen. Italien selbst hat von den Auswirkungen dieser Unterredung im Laufe der letzten Jahre sehr wenig zu verlieren bekommen. Rivar hat sich das italienisch-englische Verhältnis rein dunderlich genommen, in nichts getrübt. Immerhin würde die Tatsache der starken Annäherung Englands an Frankreich gewisse Besorgnisse in Rom nicht gerade vermindert haben. Es liegt daher auf der Hand, daß die Ablichten, die Chamberlain mit seiner Besprechung mit Mussolini diesmal verband, in einem Versuch zu suchen sind, vermittelnd auf die bekannten Gegensätze zwischen Italien und Frankreich zu wirken. Wer kann also die Begegnung in Florenz als den Versuch Englands bewerten, sein bisheriges engeres Bündnis mit Frankreich durch eine neue starke italienische Rückendeckung zu festigen.

Diese englischen Versüche sind auf ganz bestimmte Maßnahmen zurückzuführen. Auf der einen Seite ist es natürlich der Wunsch der englischen konservativen Regierung, noch vor den Wahlen die Beziehungen Großbritanniens zu den bestimmenden Auslandsmächten möglichst befriedigend auszugestalten. Es wäre aber falsch, die Begegnung von Florenz lediglich als einen Ausfluss der Wahlkampfstrategie der englischen Konservativen hinzustellen. Außenpolitisch hat in den letzten Wochen das Verhältnis Englands zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika derartig gelitten, daß es durchaus im Interesse einer großbritannischen Politik liegen muß, zwischen den drei militärisch stärksten Mächten des alten Kontinents eine Front zu schaffen, die England als ein starkes Gegengewicht dem immer größer werdenden amerikanischen Einfluß entgegenstellen könnte. Bisher beruhte dieses Gegengewicht Englands lediglich auf seinen engen maritimen und militärischen Bindungen mit Frankreich. Diese Bindungen waren natürlich in der Hauptsache gegen Washington gerichtet, wofür ja schließlich die Aufregung in Amerika über das englisch-französische Flottenkompromiß zeugen kann. In gewisser Hinsicht waren diese Bindungen aber auch gegen Italien gerichtet, dessen Gegenseite zur französischen Politik des öfteren eine sehr ernsthafte kritische Auseinandersetzung zeigte. In der Zwischenzeit haben zwar die Regierungen von Frankreich und Italien versucht, das Verhältnis zwischen den beiden Ländern etwas zu klären. In Tanger hat man sich z. B. über die marokkanische Frage geeinigt, und auch in Tunis zeigen die Franzosen eine gewisse Bereitschaft, Konzessionen zu machen. Da aber weder die Vereinbarung von Tanger noch die Angebote Frankreichs in der Tunis-Frage Italien einigermaßen befriedigt haben, so besteht der alte italienisch-französische Gegensatz auch heute noch in der alten Unüberbrückbarkeit fort, wenn sich auch im diplomatischen Verkehr zwischen den beiden Regierungen eine wesentliche Entlastung der Stimmung gezeigt hat.

Für England war es insofern gerade jetzt vonnöten, eine gewisse Klärung der Verhältnisse in Europa herbeizuführen, als der Vorfall mit der "I'm alone" in bedrohlicher Weise gezeigt hat, wie unbestimmt bereits Amerika über Dinge hinweggeht, die man in London als "heilige" Angelegenheit Englands bezeichnet. Alle diese Erwägungen führten zwangsläufig zu der Erkenntnis, daß es Chamberlain in Florenz in der Hauptfache darauf anlasse, die Möglichkeiten einer Einheitsfront der europäischen Westmächte festzustellen. Mit welchen Versprechungen oder vielleicht auch mit welchen Druckversuchen der englische Außenminister in Florenz gearbeitet hat, das weiß man natürlich nicht. Stellt man sich jedoch vor Augen, wie stark die italienische Außenpolitik auf die englischen Interessen Rücksicht nehmen muß, wie sie gerade in der Frage der Sicherung der italienischen Schifffahrtswege von dem Wohlwollen Englands abhängig ist, so kann man zu der Überzeugung kommen, daß das Ergebnis der Begegnung in Florenz sich sicherlich so darstellt, wie Chamberlain es sich von vornherein vorstellte. Schließlich wird man auch fragen, inwiefern eine Annäherung Italiens an den Interessenkreis Englands und Frankreichs die deutschen Fragen berühren wird. Beider ist hier anzunehmen, daß das alte Spiel sich wenig verändert hat, und daß lediglich ein verstärktes Zusammengehen der ehemaligen Feinde Deutschlands nur dazu beitragen wird, den bekannten Forderungen Deutschlands auch ein verstärktes Nein entgegenzustellen. Man wird also nicht gerade behaupten können, daß die Begegnung in Florenz dazu beigetragen hat, den wirtschaftlichen Frieden in Europa wesentlich zu stärken.

Rücktritt des österreichischen Kabinetts Seibel.

Böllständige Übersiedlung in Wien. — Sonnenhygienische Anordnung in Österreich?

(1) Wien, 3. April. Bundeskanzler Dr. Seipel unterbreitete dem Bundespräsidenten heute nachmittag die Demission des Kabinetts. Der Bundespräsident nahm die Demission an und beauftragte das Kabinett zunächst mit der Fortführung der Geschäfte.
Der Demission ging ein Ministerrat voran, in dem Bundeskanzler Dr. Seipel anführte, daß Anteil der Republik Österreich habe sich in letzter Zeit sehr vorteilhaft verändert und daß Staatsleben befände sich bereits auf dem Wege normaler Entwicklung. Die Vage sei derart, daß aus ihr ein bedeutsamer Aus nach vorwärts gemacht werden könne. Hierunter verstehe er die Förderung des Wohnungsbaus, der Mietrechtsverfahren, der Justizreform und der Polizei-Kompetenzfragen. Da aber seine Person für diese Entwicklung als Hemmnis angesehen werde, ja gebe er seine Demission. Auf Antrag des Bundeskanzlers hat sich deshalb der Ministerrat den Rücktritt der Regierung, da die vom Bundeskanzler für seine Demission angeführten Gründe in gleicher Weise alle Mitglieder der Regierung betreffen.

Dr. Seipels Erklärungen im Ministerrat.

Wien, 3. April. Im Ministerrat, der die Demission der Gesamtregierung beschloß, führte Bundeskanzler Seiner Majestät Kaiser Franz Joseph I.

Seitel zur Begründung seines Beschlusses aus:
Die inneren Spannungen, welche der Ausdruck starker lebendiger Kräfte im Volle sind, haben ein hohes Maß erreicht. Gelegentliche Explosionen haben keinen allzu großen Schaden angerichtet, im Gegenteil hat sich das Antlitz des Staates wesentlich verändert. Die politische Verbargie ist überwunden. Die Einschüchterung und Gleichgültigkeit bei einem großen Teil der Bevölkerung besteht nicht mehr. Die Erkenntnis, daß kein einseitiger Radikalismus Aussicht auf Erfolg hat, ist endlich allgemein geworden. Damit endet nach zehn Jahren des Bestandes der Republik unser politisches Leben von den Bahnen der Revolution auf den Weg normaler Entwicklung ein. Die Gefahr, daß die bestehenden Spannungen in inneren Krisen die Demokratie ernstlich bedrohen könnten, sehe ich nicht. Wohl aber besteht die Gefahr, daß infolge der Spannungen einige für das Wirtschafts- und politische Leben wichtige Fragen, wie Wohnbauförderung, Rietentschreif, Justizreform einschließlich der Polizeikompetenzfragen, das Verhältnis zwischen uns und den Ländern keine befriedigende Lösung finden, welche sachlich möglich wäre. Würden solche Streitpunkte befeitigt, könnten sich Regierung und Gesetzgebung verhältnismäßig ungestört mit den Sorgen des Wirtschaftslebens beschäftigen. Dies könnte um so eher geschehen, als die österreichische Außenpolitik auf gutem Wege ist, da die Notwendigkeit ehrlicher Realpolitik, welche eine seitige Bindungen nach irgendwelcher Seite vermeidet, gemeinsame Auffassung aller Parteien ist. Die Verhandlungen zur Vorbereitung der Investitionsanleihe sind mit gutem Erfolge so weit geführt, als es in diesem Zeitpunkt sein kann. Durch intensive Wirtschaftspolitik im Innern würde auch in die Handelszollpolitik wieder mehr Stetigkeit kommen, welche in jüngster Zeit infolge der inneren Schwierigkeiten etwas gestört wurde. Die Sozialpolitik ist in Österreich weit fortgeschritten, daß sie keine Erbitterung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mehr erzeugen brauchte, wenn nur gründliche Abkehr von Rechtshaberei und terroristischen Methoden erfolgte, wofür volle Sicherheit allerdings auch durch die Gesetzgebung wird geboten werden müssen. Die angeführten Spannungen werden zu erheblichen Teilen, wenn auch mit Unrecht, der gegenwärt-

theoretischen Zeiten, wenn man mit einem, der gegenwärtigen Regierung zur Post gelegt. Durch beharrliche Agitation wurde viel Hass angehäuft, welcher, soweit er die Person betrifft, zu ertragen wäre, obwohl er ohne legalen Schein eines innernen Grundes auf meinen Stand und auf die Kirche ausgedehnt wird. Aber es soll weder den einen ein Ausweg, auf dem sie zu rein sachlicher Arbeit für das öffentliche Wohl zurückkehren können, verschlossen, noch den anderen eine Ausrede gelassen werden, wenn sie es nicht tun. Deswegen halte ich es für richtig, den politischen Parteien die Möglichkeit zu geben, in anderer Weise als es unter

Ende des Kolnischen Cabinets

* W artschau, 4. April. (Telunion.) Obgleich noch einerlei amtliche Meldungen vorliegen, verlautet doch aus politischen Kreisen, daß der Rücktritt des Gesamtkabinetts Bartel beschlossene Sache sei. Um 5 Uhr nachmittags fand in kurzer Ratsversammlung statt, an dem Ministerpräsident Bartel jedoch nicht teilnahm.

Gibt es in Österreich zur Gesamtversorgung?

* Wien. (Tel.) Die Entscheidung im Metallarbeiterkreis steht unmittelbar bevor, da die Arbeitgeber als Grundbedingung für das Eintreten in neue Verhandlungen

meiner Führung geschehen könne, die Zukunft sicherzustellen. In diesem Beharre habe ich mich entschlossen, die

Auf Antrag des Vizekanzlers Hartleb beschloß der Ministerrat, da die vom Bundeskanzler angeführten Gründe für die Demission in gleicher Weise alle Mitglieder der Bundesregierung betreffen, den Rücktritt der Gesamtregierung.

Der Wohnungsbauunterausschuss vertrat die Beratung der Wohnungsträger mit Rücksicht auf die Regierungsdemission auf unbekannte Zeit.

Heberoll effergrößte Weberrößchung

* Wien. Der Rücktrittsentschluß des Bundeskanzlers Dr. Seipel und des Kabinetts hat nicht nur in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch in politischen und diplomatischen Kreisen allergrößte Überraschung hervorgerufen, um so mehr als noch kurz vor Östern sowohl Dr. Seipel als auch der Vizekanzler die bereits wiederholte aufgetauchten Gerüchte von einer Krise in der Regierungskoalition bezw. der Regierung ausdrücklich in Abrede gestellt hatten. Es ist nur natürlich, daß an die plötzliche Demission Dr. Seipels sogleich die verschiedensten Vermutungen geknüpft werden, einerseits weil man an andere Gründe als die vom Bundeskanzler angegebenen zu glauben geneigt ist, andererseits im Hinblick auf die weitere innerpolitische Entwicklung und die Möglichkeiten der Zusammensetzung der neuen Regierung. Dazu wird von unterschiedeter Seite bemerkt, daß Dr. Seipel, der seine Überzeugungen und Entschlüsse durchaus selbstständig, ohne jede Beeinflussung von anderer Seite, anzustellen und zu fassen gewohnt ist, tatsächlich keinen anderen Beweggrund gehabt habe, als sie in seinen Ausführungen im Ministerrat enthalten sind. Die Unterstellung anderer Beweggründe sei vollkommen abwegig. Alles in allem könne man darin eine Mahnung an alle Parteien erblicken, die parteipolitischen Gegenseite zurückzustellen, mit größerer Sachlichkeit an die Arbeit bei der Lösung der schwierenden Fragen heranzugehen und besonders zu einer gesunden Volkswirtschaft zum Wohle der Bevölkerung aufzurufen.

Gesamtheit zurückzufinden. Wenn Dr. Seipel erklärt hat, daß er, dessen Person und Politik besonders Gegenstand immer wiederkehrender, heftiger Angriffe ist, sein Hindernis für eine ruhige Weiterentwicklung der interpolitischen Lage bilden wolle und deshalb zurücktrete, so kann man darauf wohl einnehmen, daß er keineswegs geneigt sein dürfte, bei der Bildung einer neuen Regierung wieder das Amt des Kanzlers zu übernehmen. Wie sich die Zusammenlegung der neuen Regierung überhaupt gehalten wird, läßt sich bis heute noch gar nicht sagen. Ob z. B. eine grundsätzliche Aenderung in dem Verhältnis der jewigen Regierungsparteien zueinander und in dem Verhältnis zur sozialdemokratischen Opposition eintreten wird oder nicht — die Frage ist noch ganz offen. Außer den Wiener Abgeordneten und den Mitgliedern des Mietenausschusses sind die meisten Parlamentarier noch von Wien abwesend. Die Fraktionen werden daher in ihrer Gesamtheit erst in der zweiten Hälfte der Woche zusammen treten können, um zu der durch die plötzliche Demission des Bundeskanzlers Seipel geöffneteren Sesssion einzutreten.

Die Großdeutsche Volkspartei zur österreichischen Nationalversammlung

11 Wien, 3. April. Die heutige Sitzung des Parteivorstands der Großdeutschen Volkspartei beschäftigte sich mit der durch die Demission der Regierung geschaffenen Lage. Der Parteivorstand sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Opposition der Sozialdemokraten die wirtschaftliche Arbeit des Nationalrats hindere und die Regierungskrise ausgelöst habe. Der Parteivorstand beschloß, die Ränderkonferenz zur Beratung über die weitere Stellungnahme der Partei einzuberufen.

die vorherige Einstellung des Streiks in den vier Wiener Autofabriken fordern, worauf dann die Aussperrung am 5. April aufgehoben werden würde. Diese Forderung wird deshalb gestellt, weil der Streik wegen der Feiertagsentzöhnung ausgebrochen ist und mit der Einstellung des Streiks die von den Unternehmern grundlegend abgelehnte Forderung als erledigt zu betrachten wäre, womit dann der Raum für neue Verhandlungen frei mache.

Mit dieser Bedingung der Unternehmer hatte sich gestern die Streifleitung der Metallarbeiter zu beschaffen, wobei es zu einer lebhaften Auseinanderstellung kam. Heute Donnerstag soll eine Ordinärversammlung der Arbeiter entscheidende Beschlüsse fassen. Sollte die Einstellung des Streiks nicht erfolgen, so würde heute in sämtlichen Betrieben der Wiener Metallindustrie die Sonnabend mittag bei Arbeitsbeginn in Kraft tretende Ausserung der gesamten Metallindustrie verkündet werden, von der 40 000 Arbeiter betroffen würden.